



Liebe Genossinnen und Genossen,  
 liebe Freunde,

wir haben noch genug Themen vor uns, die wir anpacken müssen. Trotzdem versucht unser Koalitionspartner bereits beschlossene Sachverhalte wieder anzuzweifeln. Das fängt beim Mindestlohn an und hört bei der Mietpreisbremse auf. Wir lassen uns dadurch nicht beirren und treiben unsere Themen weiter voran. Das gibt nicht nur allen Marktakteuren Planungssicherheit, sondern zeigt auch unseren Wählern: versprochen und gehalten! Bei so vielen inhaltlichen Diskussionen hier in Berlin, tut ein bisschen Heimat gut. Deshalb genieße ich die Treffen unseres Fanclubs „Die Bundestags-Borussen“, der mittlerweile auf fast 50 Mitglieder angewachsen ist. Natürlich können wir auch hier nicht ganz von der Politik lassen – aber erst nach dem Spiel!

### **Verlängerung des Griechenland-Hilfsprogramms**

Der Deutsche Bundestag hat heute für die Verlängerung des laufenden Griechenland-Hilfsprogramms gestimmt. Damit sind vier Monate gewonnen, in denen wir über ein mögliches Nachfolgeprogramm beraten und in denen Griechenland die begonnen Reformen weiter voran bringen muss. Dazu zählen u.a. der Aufbau einer effizienten Steuerverwaltung und die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Korruption. Für uns als SPD-Fraktion war jedoch immer klar, dass Griechenland allein durch Sparpakete und Daumenschrauben nicht vorankommen kann. Griechenland wird nur mit einer vernünftigen Mischung aus Strukturreformen, Finanzsektorstabilisierung und sozialer Ausgewogenheit einen Weg aus der Krise finden. Wichtig ist zu wissen, dass es sich bei dieser Verlängerung um das bereits beschlossene Hilfsprogramm handelt. Es geht also nicht um zusätzliche Mittel, sondern sie befinden sich innerhalb des beschlossenen Rahmens.

### **SPD-Konferenz zu TTIP und CETA**

Über 700 Menschen kamen am Montag ins Willy-Brandt-Haus, um u.a. mit der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und Martin Schulz über Chancen und Risiken von TTIP und CETA zu diskutieren. Wir haben die Konferenz veranstaltet, weil wir zu mehr Sachlichkeit in der Debatte beitragen

#### **Kontakt**

##### Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

##### Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

[www.sabine-poschmann.de](http://www.sabine-poschmann.de)

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

#### **Links**

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

wollen sowie die Sorgen und Bedenken der Bürger zu den Freihandelsabkommen sehr ernst nehmen. Die umstrittenen privaten Schiedsgerichte haben daher viel Raum auf der Konferenz eingenommen. Neue Impulse hierzu brachte Sigmar Gabriel aus Madrid mit. Am Tag zuvor hatten europäische Sozialdemokraten zu den Abkommen getagt. Sie sprechen sich für einen Investorenschutz aus, der keine nationalen Gesetze aushebeln kann. Dazu soll konkreter geregelt werden, aus welchen Gründen man sich an ein Schiedsgericht werden kann. Beispielsweise im Falle einer Enteignung, aber nicht wenn ein Gesetz die Gewinnspanne eines Investors drückt. Und: Die Interpretation von Schutzstandards bei Umwelt, Verbraucherschutz, Arbeit oder Soziales bleibt auch nach Abschluss des Vertrages den Staaten überlassen. Langfristig soll ein internationaler Handelsgerichtshof mit neutralen Richtern die Schiedsgerichte ersetzen. Diesen Vorschlag werde ich als Schritt in die richtige Richtung. Dennoch gilt der Beschluss des Parteikonvents aus dem September 2014 und mögliche Änderungen in dieser Sache bedürfen u.a. einer weiteren Befassung und eines Beschlusses der Parteigremien.

---

### **Beginn der Beratungen zur Pkw-Maut**

Gestern haben wir mit den Beratungen über den Gesetzentwurf zur Pkw-Maut auf Autobahnen begonnen. Der Verkehrsminister stellt 500 Mio. Euro zusätzliche Einnahmen in Aussicht, die dann für Straßenbau und Sanierung genutzt werden können. Diese Rechnung gilt es allerdings zu hinterfragen, weshalb die Berechnungen transparent gemacht werden müssen. Weiterhin werden wir klar auf die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag pochen: Deutsche Autofahrer dürfen durch die Maut nicht zusätzlich belastet werden und sie darf nicht gegen EU-Recht verstoßen. Zudem ist wichtig, dass die Maut nicht dazu führt, dass Autofahrer vermehrt auf Bundes- und Landstraßen ausweichen und dort die Lärmbelastung erhöhen. Unabhängig von der Pkw-Maut haben wir eine Ausweitung der LKW-Maut, die in Deutschland schon seit 2005 gilt, beraten. Angedacht ist, die Mautpflichtgrenze von 12 auf 7,5 Tonnen abzusenken, sodass künftig mehr Fahrzeuge Maut zahlen müssen. Die LKW-Maut soll zudem nun nicht mehr nur auf Autobahnen, sondern auch auf vierspurigen Bundesstraßen gelten.

---

### **Spitzen der Städte und Kreise in Berlin**

Anfang der Woche haben sich Oberbürgermeister und Landräte des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ auf den Weg nach Berlin gemacht. Auch unser Oberbürgermeister Ulli Sierau war als Mitglied des Bündnisses vor Ort. Das Bündnis, in dem mehr als 50 Kommunen vor allem aus NRW zusammengeschlossen sind, fordert eine bessere finanzielle Unterstützung durch den Bund für die stark verschuldeten Kommunen. Ich kann diese Forderung nur unterstützen und setze mich in Berlin für eine stärkere Entlastung gerade der Städte im Ruhrgebiet ein. Wichtig ist, dass die Kommunen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, im Rahmen des neuen Bundesteilhabegesetzes um fünf Mrd. Euro entlastet werden. Weiterhin müssen wir unsere Forderung aufrechterhalten, dass die Kosten für Flüchtlinge zu 100% vom Bund getragen werden. Hier müssen bei der CDU/CSU noch dicke Bretter gebohrt werden, um eine entsprechende Finanzierung hinzubekommen.

---

## **Fortschrittsbericht Energiewende**

Im Wirtschaftsausschuss haben wir in dieser Woche den „Ersten Fortschrittsbericht Energiewende“, den die Bundesregierung vorgelegt hat, beraten. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass bislang viel erreicht wurde, aber auch noch einiges zu tun sei. Positiv ist, dass die erneuerbaren Energien mittlerweile mit einem Anteil von 25,3 Prozent am Bruttostromverbrauch der wichtigste Stromerzeuger in Deutschland sind. Der Anstieg der EEG-Umlage konnte zudem gestoppt werden. Erstmals wird die Umlage im Jahr 2015 sinken. Problematisch ist, dass der Energieverbrauch nicht so stark reduziert werden konnte, wie angedacht. Gerade im Bereich Energieeffizienz werden wir also weiter Fortschritte machen müssen. Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz, über den ich euch vor Weihnachten informiert habe, gehen wir hier aber in die richtige Richtung.

---

## **Antrag zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftspolitik**

Wir haben im Ausschuss ferner einen gemeinsamen Antrag von SPD und Union beraten, in dem wir uns für eine besser abgestimmte regionale Wirtschaftsförderung einsetzen. Aktuell kümmern sich Bund und Länder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um die Förderung strukturschwacher Regionen. Künftig soll diese Aufgabe zu einem gesamtdeutschen Fördersystem der regionalen Wirtschaftsförderung, dass sich nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf orientiert, ausgebaut werden. Davon würde auch NRW stärker profitieren, weil bislang die Mittel zum größten Teil in die neuen Bundesländer geflossen sind.

---

## **Debatte über eine mögliche Impfpflicht**

Angesichts des verstärkten Masernausbruchs in Berlin wurde in den letzten Tagen und Wochen über eine mögliche Impfpflicht diskutiert. Klar ist, dass es in Deutschland teilweise zu geringe Impfquoten gibt. Sinnvoll erscheint mir im Zuge dessen, die Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu intensivieren. Unser Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hat dazu aufgerufen, dass versucht werden müsse, eine große Impfwelle in Gang zu setzen. Auch eine Impfpflicht für Kleinkinder müsse, wenn die anderen Anstrengungen nicht zum Erfolg führten, in Betracht gezogen werden.

---

Im März stehen mir harte Wochen bevor, denn drei Berlinwochen sind angesetzt. Trotzdem bin ich in der verbleibenden einen Woche in Dortmund für euch da und im Wahlkreis unterwegs. Außerdem nehme ich an dem Projekt „Wir kommen hin“ der Landespartei teil. Hierbei wollen wir Wege finden, um Nichtwähler zu motivieren sich wieder an Wahlen zu beteiligen.

Bis bald, eure

*Sabine*